

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 10 & 11 | 15. Juni 2018



1. Diskussion über Masterplan zur Flüchtlingspolitik

Anspannung lag diesen Donnerstag in der Luft des Fraktionsraums der CDU/CSU. Aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen von Kanzlerin Angela Merkel und Innenminister Horst Seehofer in puncto Zurückweisungen von Asylsuchenden an der Grenze haben sich sowohl CDU als auch CSU jeweils zu Beratungen zurückgezogen.

Angela Merkel stellte gegenüber den CDU-Abgeordneten klar, dass sie dem Asyl-Masterplan zustimme. Nur in dem Punkt der Zurückweisung von Flüchtlingen, die bereits in einem anderen EU-Land registriert wurden, stimme sie nicht mit dem Innenminister überein.

Sie will vermeiden, dass Deutschland einen Alleingang unternimmt, der unsere Nachbarländer zu Gegenmaßnahmen verleiten könnte, was die Asylsituation wieder verschärfen würde: Alleine eine ähnliche Handlung der Nachbarländer oder ein Stopp der Flüchtlingsregistrierung in anderen Ländern könnte Deutschlands Asylpolitik nach Seehofers Vorstellungen scheitern lassen. Dieser Ansicht stimmte die Mehrheit der CDU-

Abgeordneten – entgegen manch anderer Berichterstattung – zu.

Nun will die Kanzlerin in den nächsten zwei Wochen mit unseren EU-Nachbarn Vereinbarungen darüber erreichen, welche Flüchtlinge unter welchen Bedingungen an der Grenze in andere EU-Länder zurückgeschickt werden können und so in der Sache dem Anliegen des Innenministers entsprechen. Es wurde vereinbart, dass die Abgeordneten bis zum EU-Gipfel Ende Juni abwarten, bis sie sich eine endgültige Meinung bilden.

Ich finde, die erneuten Auseinandersetzungen von CDU und CSU bedauerlich. Nicht nur, weil es gilt die Einheit in der Fraktion zu wahren, sondern vor allem auch, weil durch die mediale Präsenz des Themas die eigentliche Botschaft kaum Beachtung findet: Die Asylfrage ist längst nicht so unkontrolliert wie es scheint, seit 2017 sind mit weniger als 200.000 Flüchtlingen im Jahr die Flüchtlingszahlen drastisch gesunken. Und auch die Annäherung mit unseren europäischen Partnern ist längst nicht so unbedeutend wie behauptet. Auch wenn wir noch nicht am Ziel der gesamteuropäischen Lösung angekommen sind:

Die andauernden Diskussionen stellen die positiven Tatsachen in den Schatten und erwecken den falschen Eindruck einer unfähigen Regierung.

Deshalb formuliere ich es hier ganz klar: Die Herausforderung der Flucht- und Migrationskrise ist in allen ihren Dimensionen zu bewältigen, wenn wir in Deutschland und Europa zusammenhalten. Dieses Motto gilt auch für unsere Bundestagsfraktion und ich bin mir sicher, dass sich alle Abgeordneten auf ihr gemeinsames Ziel besinnen werden. Den Rückhalt der Mehrheit der CDU-Abgeordneten hat die Kanzlerin bereits sicher.

2. Bundestag verlängert drei

Bundeswehrmandate

Über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation SOPHIA, dem Einsatz im Kosovo (KFORU) und im Libanon (UNIFIL) wurde diese Woche abgestimmt. Die Operation SOPHIA, mit einer Obergrenze von 950 Soldaten, ist ein wichtiger Teil der europäischen Gesamtstrategie zur Bekämpfung krimineller Aktivitäten der Menschenschleuser im Mittelmeer. Der Einsatz unserer Soldaten ergänzt die Bemühungen der Bundesregierung, die Länder entlang der Flucht- und Migrationsrouten zu unterstützen. Damit sollen der Schutz und die Grundversorgung von Flüchtlingen und Migranten verbessert, die Rückkehr in die Herkunftsländer gefördert sowie die Perspektiven der Menschen in ihren jeweiligen Heimatländern gestärkt werden.

Auch der Einsatz im Libanon wurde verlängert, um die Situation im Nahen Osten zu stabilisieren. Die Kämpfe in Syrien wirken in den Libanon hinein und die Aufnahme von etwa zwei Millionen

Flüchtlingen stellt das Land vor große Herausforderungen. Um Waffenlieferungen in das Land zu verhindern und um die Lage zu verbessern wurde das Mandat verlängert.

Um im Kosovo ein sicheres und stabiles Umfeld zu erhalten und um die Bewegungsfreiheit insbesondere im kosovo-serbisch dominierten Norden sicherzustellen, ist die internationale Truppenpräsenz weiterhin erforderlich.

3. Bundeskanzlerin Merkel stellt sich den Fragen der Bundestagsabgeordneten

Zum ersten Mal fand die im Koalitionsvertrag vereinbarte neue Fragestunde im Bundestag statt. Bei der Regierungsbefragung am 6. Juni 2018 hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel den Fragen der Abgeordneten gestellt. Zu 30 Fragen gab sie den Abgeordneten Antwort, dabei ging es zunächst um den anstehenden G7-Gipfel in Kanada vom 8. bis 9. Juni 2018. Danach ging es neben den aktuellen Fragen zu den Beziehungen mit Russlands Präsidenten Putin und US-Präsident Trump auch um viele verschiedene Themen wie den Europäischen Währungsfonds, eine mögliche Plastiksteuer, oder das Fachkräftezuwanderungsgesetz.



Kanzlerin Merkel beantwortet die Fragen der Abgeordneten (Foto: MG)

Entgegen dem mutmaßlichen Vorsatz der Opposition, die Kanzlerin in Verlegenheit zu bringen, antwortete diese souverän auf die Fragen. Damit zeigte sie nicht nur ihre langjährige Erfahrung, sondern auch, dass das neue Frageformat die politischen Debatten lebendiger werden lässt. Ich bin überzeugt davon dass, dass dieses Format der Fragestunde weiterhin auf großes Interesse stoßen wird.

4. Gemeinsames Fastenbrechen Iftar

Bevor der Ramadan am 14. Juni 2018 endete, nahm ich auf Einladung des Botschafters der Vereinigten Arabischen Emirate Ali Abdulla Al Ahmed am Donnerstag, den 7. Juni 2018 am gemeinsamen Fastenbrechen „Iftar“ teil.

In der Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate kamen dazu Vertreter verschiedener Religionen zusammen, wie zum Beispiel Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland und Professor Dr. Andreas Nachama, Rabbiner der jüdischen Gemeinde und Leiter der Topographie des Terrors.



S.E. Botschafter Al Ahmed, Rabbiner Dr. Nachama und Markus Grübel (Foto: Botschaft der V.A.E.)

Nach dem Gebetsruf zum Sonnenuntergang um 21.21 Uhr erfolgte im direkten Anschluss das Fastenbrechen. Begleitet wurde der Abend mit

musikalischen Sufi-Klängen und Kompositionen arabischer Rhythmen auf den traditionellen Instrumenten Oud (Seiteninstrument), Riqq (Trommel) und Mazhar (Tamburin).

Der Abend, der ganz im Zeichen des friedlichen, religiösen Miteinanders stand, brachte mich erneut zu der Erkenntnis, dass auch verschiedene Religionen miteinander Feste feiern können und im Dialog und Gebet zueinander finden. Dieses Zeichen der Hoffnung wird mich sicherlich bei zukünftigen Dialogen mit verschiedenen Religionsvertretern daran erinnern, dass wir viel gemeinsam haben und – in Kenntnis der Unterschiede – das was uns verbindet herausstellen.

5. Gespräch mit Jugendhilfe Aktiv Esslingen

Im Rahmen des Projektes DEMOKRATIE LEBEN der Stiftung Jugendhilfe Aktiv Esslingen besuchten mich am Freitag, den 15. Juni 2018 acht Schüler die ohne Begleitung nach Deutschland flüchteten.



Teilnehmer von DEMOKRATIE LEBEN in Begleitung von Thomas Münch und Klaus Hummel mit Markus Grübel im Fraktionssitzungssaal der CDU/CSU. (Foto: CLI)

Mit den Schülern, die sich seit einem Zeitraum von neun Monaten bis drei Jahren in Deutschland aufhalten, konnte ich über die deutsche Demokratie und die Flüchtlingspolitik reden. Auch

die Schüler haben über die Gründe ihrer Flucht berichtet – Einzelschicksale die man nicht so schnell vergisst. Vor allem berichteten die Schüler über Diskriminierung von Minderheiten in den Herkunftsländern und die Fehlende Aussicht auf einen Job und eine sicher Zukunft. Das sind für mich zentrale Ansatzpunkte für die Entwicklungsarbeit vor Ort. Besonders beeindruckend fand ich zudem das sprachliche Niveau der Schüler, die in teilweise sehr kurzer Zeit sehr gut Deutsch gelernt haben, Respekt!

Das Projekt DEMOKRATIE LEBEN bringt insgesamt 15 Schülern durch Vorträge und Exkursionen die deutsche Verfassung und Politik näher. Vorherige Stationen waren unter anderem ein Besuch im baden-württembergischen Landtag und im Alten Rathaus Esslingen.

6. Schüler der Rohräckerschule und der Zollberg Realschule Esslingen zu Besuch im Bundestag



Schüler der Rohräckerschule mit Markus Grübel auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude (Foto: CLI)

In den letzten beiden Sitzungswochen traf ich mich mit Schülern der Rohräckerschule und der Zollberg Realschule Esslingen. Mit beiden Schülergruppen unterhielt ich mich über meine Tätigkeiten als Abgeordneter und darüber, wie ich Regierungsbeauftragter wurde. Zusätzlich wollten die Schüler vor allem viel über meinen Alltag und mein Privatleben wissen.



Schüler der Zollberg Realschule mit Markus Grübel im Paul-Löbe-Haus. (Foto: CLI)

Zahl der Woche

5,1

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sinkt weiter. Den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 5,1 Prozent. Demnach waren 2,3 Millionen Menschen arbeitslos, 68.000 weniger als noch im April und rund 182.000 weniger als im Vorjahr. Dies entspricht dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Auch unter Einbezug saisonbedingter Schwankungen sank die Zahl der Arbeitssuchenden.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!